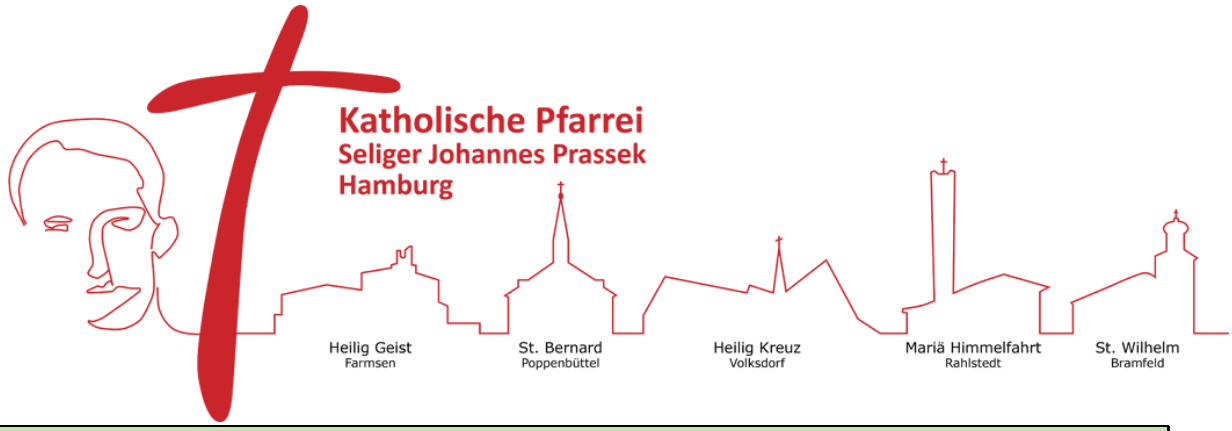


Protokoll der Sitzung 07/2026 des Finanzausschusses der Pfarrei Seliger Johannes Prassek am 18.08.2026 von 19:30 Uhr bis 22:30 Uhr in Poppenbüttel

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit ist mit vier von sechs stimmberechtigten Mitgliedern gegeben, die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen. Es gibt keine Einwendungen gegen eine Aufzeichnung.

Zum Nachhalten beschlossener Maßnahmen und offener Aufgaben wird künftig ein Action-Tracker genutzt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls 06/2026

Das bereits vorab an die Mitglieder versandte Protokoll wird einstimmig angenommen und in den Ecclesias-Ordner eingestellt. Eine angepasste Fassung wird auf der Homepage veröffentlicht.

TOP 3: Jahresabschluss 2022 und Rücklagenbebuchung

Der Finanzausschuss hat sich ausführlich mit dem Jahresabschluss 2022 der Pfarrei befasst. Die Übernahme der Altsalden in das neue Buchhaltungssystem Wilken konnte endlich abgeschlossen werden, so dass die ausstehenden Abschlüsse nun sukzessive erstellt werden können. Die Prüfung des Abschlusses 2022 ist erfolgt, nach Klärung von unklaren Posten hat es mehrere Korrekturrunden gegeben. Der Finanzausschuss stimmt der jetzt vorliegenden Fassung zu und empfiehlt dem Kirchenvorstand, diesen Abschluss zu beschließen – einschließlich der Zuführung des Überschusses (rund 320 t€) in die freie Rücklage. Die Wohnanlage in Rahlstedt und Haus Emmaus bilden eigene Buchungskreise und sind hier nicht enthalten. Die Erläuterungen zum Abschluss sind Teil der Vorlage für den Kirchenvorstand.

Offen ist die Frage, warum für das Anlagevermögen eine zweckgebundene Rücklage in gleicher Höhe gebildet wird. Diese Vorgehensweise ist unüblich und beschränkt die Pfarrei in ihrer Handlungsfähigkeit (freie Rücklagen können besser eingesetzt werden).

Die nächsten Abschlüsse sollen zeitnah folgen. Der Finanzausschuss bleibt bei dem bisherigen Procedere, d. h. Prüfung eines Jahres, ggf. Korrekturen, Beschluss im Ausschuss und im KV. Anschließend kann dann das nächste Jahr folgen.

TOP 4: Konkretisierung der 50%-Regelung für die Finanzierung von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen an den Primärstandorten

Der Ausschuss befasst sich erneut mit der bereits mehrfach diskutierten Regelung zur Beteiligung der Primärstandorte an Bau- und Instandhaltungskosten. Hintergrund ist die sinkende Finanzkraft der Pfarrei infolge zurückgehender Kirchensteuereinnahmen sowie die Notwendigkeit einer stärkeren Eigenverantwortung der Standorte. Vorgestellt werden vier Beschlussvarianten: grundsätzlich 50%iger Eigenanteil aus standortbezogenen Eigenmitteln, zunächst 25%iger Eigenanteil, der langfristig auf 50% ansteigt, unverbindliche Verpflichtung zu möglichst hoher Eigenfinanzierung und einzelfallbezogenes Zuschussmodell. Die dritte Option wird verworfen, da zu unkonkret, von den verbleibenden drei Optionen favorisiert der Finanzausschuss deutlich die erste, da diese die größte Klarheit und Verbindlichkeit schafft. Der KV soll eine Variante beschließen, bei besonderen Situationen sollen begründete Ausnahmen durch KV-Beschluss möglich sein.

TOP 5: Wohnanlage Rahlstedt

Die Balkonsanierung der neu vermieteten Wohnung ist abgeschlossen, die Haus- und Wohnungseingangstüren weitgehend repariert bzw. erneuert, es sind aber noch Restarbeiten zu erledigen (z. B. Kernbohrung für die Abluft). Für den ersten Monat wird dem neuen Mieter eine Mietminderung in Höhe von 25% zugestanden.
Die Erstellung der überfälligen Alt-Jahresabschlüsse (E/Ü-Rechnungen) ist in Arbeit, die neue Verwaltung will in Kürze prüffähige Zahlen vorlegen.
Zu erledigen sind: Beauftragung eines Hausmeisterservice einschl. Winterdienst (über SIM), Rückbau der Sandkiste, die momentan für Gartenabfälle genutzt wird (Angebot für die Instandsetzung in Höhe von 3.000 Euro lag vor, angesichts der geringen Kinderzahl in der Anlage abgelehnt).
Der Finanzausschuss hatte für die Fassadensanierung bis zu 12.000 Euro bewilligt. Die Arbeiten sind überwiegend erledigt, die Sanierung der Fenster steht noch aus.

TOP 6: Vermietung des Versammlungsraumes in Volksdorf

Die Vertragsvorbereitung für eine selbständige Therapeutin ist weitgehend abgeschlossen, Eckpunkte: Gewerbemietvertrag ab 01.12.2026 nach Muster des Erzbistums wird durch die Verwaltung erstellt. In einem Anhang soll die Abgrenzung der Tätigkeit der Mieterin von pastoralen Angeboten der Pfarrei geregelt werden, gleichzeitig soll aber die Zusammenarbeit mit der Gemeinde wertschätzend gestaltet werden. Der

Mietvertrag wurde am 24.08.2026 unterzeichnet, die Mieterin wird sich am 02.09.2026 in der Gemeindekonferenz vorstellen.
Vor dem Einzug sind noch Maßnahmen durchzuführen: Beseitigung der Feuchtigkeitsursachen am Fenster, Reinigung des Teppichbodens, Beschilderung, Schlüsselübergabe und Übergabedokumentation.

TOP 7: Nutzung Zuschuss des Erzbistums für Energiemaßnahmen

Die geplante Umrüstung auf LED in Poppenbüttel (einschließlich Kita) wird diskutiert. Es bestehen unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Umfangs der Maßnahme zwischen den Poppenbütteler Mitgliedern des Bauausschusses und den restlichen Mitgliedern.
Die Gesamtkosten sind nach Poppenbütteler Angaben mit 17.813,81 € kalkuliert, davon entfallen 6.338,16 € auf die Kita. In der Abteilung Kitas des Erzbistums wird angefragt, ob dort die Beteiligung der Kita gewünscht wird (dann auch an den Kosten). Bei einer Bezuschussung durch das Erzbistum mit 10 t€ muss die Gemeinde St. Bernard dann noch 50% des fehlenden Betrags, also rund 750 Euro an Eigenmitteln aufbringen.
Der Finanzausschuss mahnt abschließende Planungen an, damit die Maßnahme noch in 2026 abgeschlossen werden kann. Nur dann wird der vom Erzbistum bereitgestellte Energiezuschusses für 2026 gewährt. Eine Beschlussfassung erfolgt zunächst nicht, der Bauausschuss muss zunächst eine entsprechende Vorlage liefern.
Inzwischen hat der Bauausschuss die Umsetzung des Projektes in vollem Umfang (Gemeindezentrum inkl. Kita) empfohlen (dabei aber vermutet, dass die Maßnahme für weniger als 10 t€ durchgeführt werden kann).

TOP 8: Versicherungen

Angefragt wurde, ob sich bei der „offenen Kirche“ Veränderungen ergeben haben, die eine Anpassung des Versicherungsschutzes notwendig machen. Nach Einschätzung des Finanzausschusses haben sich die relevanten Risiken oder die versicherten Werte nicht verändert, so dass keine Änderungen erforderlich sind.
Die Verwaltungskoordinatorin wird gebeten, eine Übersicht der bestehenden Versicherungen zu erstellen.

TOP 9: Entwicklung der Kitas

Im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung hat die Betreiberin Zahlen per 30.06.2026 aller fünf Kitas vorgelegt, es werden jeweils Überschüsse ausgewiesen. Allerdings gibt es Unzufriedenheit über den strengen Sparkurs des Erzbistums. Aus den Kitas gibt es Hinweise auf Sorgen hinsichtlich der Personalausstattung bei steigenden Arbeitsbelastungen.

TOP 10: Vorbereitung des Zeitplans für die Haushaltsplanung 2027

Der Planungsprozess für den Haushalt 2027 soll in diesem Herbst deutlich früher starten. Der Finanzausschuss geht derzeit von folgendem Zeitrahmen aus:

- September 2026: erste Kommunikation in der Pfarrei (Seelsorge- und Gemeindeteams, weitere Gremien): welche zusätzlichen Einnahmen/Mehreinnahmen werden erwartet, gibt es basierend auf 2026 Einsparmöglichkeiten in Bezug auf die Ausgaben für 2027, welche Mehrausgaben (z.B. wegen zu erwartender Reparaturen, Sonderausgaben, etc.) werden für 2027 erwartet? Dazu werden die letzten aktuellen Auswertungen mit den Ist-Zahlen vom FA zur Verfügung gestellt.
- Oktober 2026: Auswertung des eingehenden Feedbacks durch den Finanzausschuss, erste Arbeitssessions, Erstellung eines ersten Entwurfs.
- Mitte November 2026: Diskussion des Haushaltsentwurfs mit den Finanzteams aus den Gemeinden, danach ggfs. Anpassungen, Erstellung des finalen Entwurfes.
- Ende November 2026: Kommunikation des finalen Haushaltentwurfs mit den Gremien (vor allem BA und KV), ggf. weitere Anpassungen

Ziel ist die Freigabe des finalen Haushaltes durch den KV in der letzten Sitzung am 10.12.2026.

TOP 11: Sonstiges

Aus dem Bauausschuss haben wir jetzt einen Bericht zum Saug- und Wischroboter in Bramfeld.

Der Stand der Korrektur der Grundsteuer muss erneut im Erzbistum abgefragt werden.

Die Preissteigerungen bei den Winterdienstverträgen für Poppenbüttel und Volksdorf werden zur Kenntnis genommen, die bestehenden Verträge laufen weiter.

Für die kurzfristigen Absagen von Fortbildungsmaßnahmen von MAV-Mitgliedern (Bezahlung trotz Nichtteilnahme) gibt es nachvollziehbare Begründungen.

Für die Reparatur der der Orgel in Volksdorf liegt ein Kostenvoranschlag in Höhe von rund 2.400 Euro vor. Die Maßnahme ist nach Aussage von weiteren Anbietern/Experten sinnvoll, die Kosten sind angemessen. Der Finanzausschuss beschließt deshalb die Freigabe der Reparaturkosten in dieser Höhe.

Für ein Pilotprojekt zur digitalen Gemeindekommunikation mit der DonkeyMobileApp in der Gemeinde Poppenbüttel wird ein Budget in Höhe von 1.800 Euro bereitgestellt. Bei positivem Testausgang ist es das Ziel der Gemeinde, dass danach der in Gründung befindliche Förderverein die Gebühren übernimmt. Die Nutzung soll zunächst ein Jahr getestet werden, dann ist ggf. ein Rollout für die anderen Gemeinden möglich.

Für die Markisenanlage in Farmsen hatte der KV noch im letzten Jahr 38.000 Euro freigegeben. Für diese Maßnahme liegt die kirchenrechtliche Genehmigung vor. Allerdings sind danach weitere Kosten entstanden (rund 2.500 Euro). Deshalb soll eine

weitere Abstimmung mit dem Bauausschuss und dem Gemeindeteam erfolgen, insbesondere wegen der bisher fehlenden 50%-Beteiligung der Gemeinde (siehe TOP 4).
Für die defekte Heizungssteuerung der Küche in Farmsen liegt ein Angebot über rund 3.000 Euro vor. Der Austausch ist notwendig, der Finanzausschuss beschließt die notwendige Ausgabe.
Ein Gutachter hat bestätigt, dass ein erkrankter Baum in Rahlstedt aus Verkehrssicherungsgründen gefällt werden muss. Der Finanzausschuss bewilligt 2.500 Euro für die Maßnahme, die zu Lasten der Pfarrei gebucht werden sollen.
Die Heizung im Haus des Poppenbütteler Hausmeisters ist defekt und muss wohl in Gänze erneuert werden.

Zum Ende des öffentlichen Teiles entwickelt sich eine grundsätzliche Diskussion über die Zusammenarbeit in der Pfarrei. Mehrere Teilnehmer äußern die Sorge, dass finanzielle Fragestellungen zunehmend zu Spannungen zwischen Standorten, Gremien und Einrichtungen führen. Insbesondere wird betont: die Bedeutung der Kindertagesstätten für die Zukunft der Kirche, die Notwendigkeit eines respektvollen Umgangs miteinander, die Stärkung des Pfarreigedankens über einzelne Standorte hinaus, die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements aller Beteiligten. Der Ausschuss nimmt diese Rückmeldungen ausdrücklich auf und sieht hierin einen wichtigen Auftrag für die zukünftige Zusammenarbeit.